

# Antrag Nr. 14-F-33-0073

## CDU und SPD

---

### Betreff:

Vereinbarkeit von Toleranzzonen und Stadtentwicklung  
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 24.06.2014

### Antragstext:

Die bestehende für Wiesbaden gültige Sperrgebietsverordnung des Regierungspräsidiums Darmstadt stammt aus dem Jahr 1979. Seit dem hat sich die Landeshauptstadt Wiesbaden stadtplanerisch deutlich weiterentwickelt und ausgeweitet, so dass sich viele der ehemals außerhalb von Wohngebieten liegenden sogenannten Toleranzzonen mittlerweile innerhalb oder zwischen Wohngebieten befinden. Dass dies zu Konflikten führen kann, zeigt die Diskussion um den Bauantrag eines Prostitutionsbetriebes in der Wiesbadener Straße in Mainz-Kastel.

Der Ausschuss möge beschließen:  
Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- 1) inwiefern die Toleranzzonen mit der heutigen Stadtentwicklung im Konflikt stehen; und
- 2) wie die Toleranzzonen bzw. die Sperrgebietszonen verändert werden müssten, um die Ansiedlung von Prostitutionsbetrieben in bestehenden und mittelfristig geplanten Wohngebieten künftig zu vermeiden.

Wiesbaden, 24.06.2014

Bernhard Lorenz  
Fraktionsvorsitzender  
(CDU-Fraktion)

Anita Hebenstreit  
Fachsprecherin für  
Frauenangelegenheiten  
(SPD-Fraktion)

Aryo Bisso  
Fraktionsreferent

Daniela Fuge  
Fraktionsreferentin